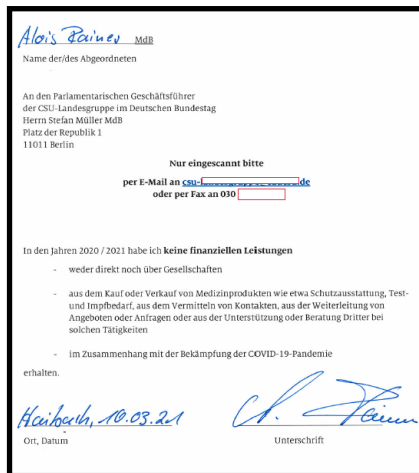


Brief aus Berlin



Vertrauen zurückgewinnen

Nach der Maskenaffäre einiger weniger Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion gibt es einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Ich verurteile jede persönliche Bereicherung durch Abgeordnete an der Beschaffung medizinischer Produkte zur Eindämmung der Pandemie. Daher habe auch ich die Erklärung unserer Fraktion unterschrieben und damit klargestellt, dass ich weder durch die Beschaffung noch die Vermittlung medizinischer Schutzausrüstung finanziell profitiert habe.



Als Abgeordneter sehe ich es vielmehr als meine Aufgabe an, die Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie die der Kommunen und Unternehmen im Wahlkreis auf der Bundesebene bestmöglich zu vertreten und ihnen zu helfen, wo ich nur kann.

Daher freut es mich, mitteilen zu können, dass dank meiner Hilfe, Straubing eine Förderzusage über 5,75 Millionen Euro für die Sanierung des Rathauses vom Bundesinnenminister erhielt. Mehr dazu erfährt ihr auf Seite 4.

Diese Woche:

Seite 2 :
Themen im Bundestag



Seite 3:
Rainer trifft...



Seite 4:
Förderungen



Foto: Michael Wittig

Foto: Michael Wittig

Foto: Michael Wittig



Foto: Stadt Straubing



Förderung erneuerbarer Kraftstoffe

In unserer vergangenen Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir ein Positionspapier zur Förderung von regenerativen Kraftstoffen beschlossen. Zu den darin enthaltenen Kernforderungen gehören die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor auf mindestens 20 Prozent sowie des Anteils von fortschrittlichen Biokraftstoffen auf 3,5 Prozent bis 2030.

Die Energie- und Antriebswende im Verkehr kann schneller und effizienter erfolgen. Dazu sind neben der Förderung der Elektromobilität der Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien im Verkehrssektor und die Markteinführung fortschrittlicher Biokraftstoffe entschlossen zu unterstützen. Nur so können die Potenziale aller Verkehrsträger voll ausgeschöpft werden. Auch eine richtig ausgestaltete THG-Quote fördert sowohl die Elektromobilität als auch eine klimaverträgliche nicht-fossile Verbrennungstechnologie. Im Hinblick auf den motorisierten Individualverkehr kommt dem eine bedeutsame sozialpolitische Komponente zu, denn Mobilität soll für alle bezahlbar sein.



Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes

Die europäisch vorgegebenen Sammelmengen für Elektro-Elektronikaltgeräte werden in Deutschland (wie auch in anderen europäischen Staaten) nicht erreicht. Mit dem Entwurf, den wir in erster Lesung beraten haben, sollen deshalb die Sammelstrukturen für Elektro- und Elektronikaltgeräte verdichtet werden und die Rücknahmepflichten des Handels werden auf bestimmte Lebensmitteleinzelhändler ausgedehnt. Im Rahmen der Produktverantwortung sollen außerdem die Hersteller, für die von ihnen in Verkehr gebrachten Waren, durch die Pflicht zur Vorlage eines Rücknahmekonzepts einen Beitrag zur Steigerung der Sammelmenge leisten. Daneben sollen geeignete Geräte der Wiederverwendung zugeführt, ein hochwertiges Recycling sichergestellt und Hersteller aus Drittstaaten in die Regelungen zur Rücknahme einbezogen werden.



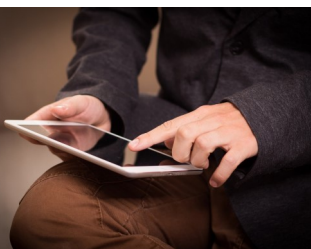
Gesetz zur Regelung des Datenschutzes und Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei Telemedien

Das Vorhaben, das wir in erster Lesung diskutiert haben, dient der notwendigen Anpassung der Datenschutzbestimmungen des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und des Telemediengesetzes (TMG) an die EU-Datenschutz-Grundverordnung. Die einschlägigen Regelungen werden im Telekommunikation-Telemedien-Datenschutzgesetz (TTDSG) in einem neuen Stammgesetz zusammengeführt.



Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz

In erster Lesung haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter ausschöpfen. Damit dies gelingt, müssen die umfangreichen bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklungen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden. Der Entwurf schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte sollen stärker genutzt werden. Weiter unterstützen ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden sollen auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich werden.





Rainer trifft...

...Anja Weisgerber zum Thema Klimapolitik



Mein politischer Stammtisch aus Berlin geht in die zweite Runde. Dieses Mal habe ich unsere Klimaschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Anja Weisgerber zum Gespräch eingeladen. Mit ihr möchte ich zur Klimapolitik, der CO²-Abgabe und Schadstoffwerten sprechen. Dabei ist Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe, die nicht nur die Umwelt betrifft, sondern u.a. auch die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Energie, Gebäudesanierung und Verkehr. Sie können sich interaktiv an der Veranstaltung beteiligen und währenddessen oder bereits vorab Fragen zum Thema stellen. Ich bitte um Ihre verbindliche Anmeldung mit vollständigem Namen und E-Mail-Adresse bis zum 11.04.2021 per E-Mail an alois.rainer.ma07@bundestag.de.

...Sebastian Brehm zum Thema Corona-Hilfen

Die erste Stammtischrunde zum Thema Corona-Hilfen für Unternehmer wurde sehr gut angenommen. Vielen Dank an Sebastian Brehm für die vielfältigen Tipps zu den November- und Dezemberhilfen sowie zu den Überbrückungshilfen I – III. Mein Ziel bleibt, mich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Hilfen schnell und unbürokratisch bei den Unternehmern ankommen. Im gleichen Zuge müssen die Betriebe aber auch wieder schnellstmöglich die Gelegenheit bekommen, im geöffneten Laden selbst Einnahmen zu generieren. Dazu sind sehr gute Hygienekonzepte vorhanden.



Novelle Personenbeförderungsgesetz

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, wird das Personenbeförderungsgesetz an die Veränderungen im Zuge des digitalen Wandels angepasst. Im Kern geht es darum, neue, digitalbasierte Mobilitätsangebote und Geschäftsmodelle (z.B. Pooling-Dienste) rechtssicher zu ermöglichen und einen innovationsfreundlichen Rahmen zu schaffen. Um das Taxigewerbe regulatorisch zu entlasten, wird die Ortskundeprüfung für Taxifahrer durch die Pflicht zur Vorhaltung eines dem Stand der Technik entsprechenden Navigationsgeräts ersetzt. Zudem wird für Fahrten auf Bestellung die bislang grundsätzlich geltende Tarifpflicht gelockert. Darüber hinaus enthält das Gesetz weitere Änderungen unter anderem bei Unterversorgung im ÖPNV, der Rückkehrpflicht von Mietwägen und der Nutzung von Daten, die bei der Ausführung von Personenbeförderungsdienstleistungen entstehen.

Meine vollständige Rede dazu findet Ihr unter folgendem Link:

[Rede](#)



Förderungen

Sanierung des Rathaus Straubing gesichert

Die Stadt Straubing bekommt für den Wiederaufbau des historischen Rathauses eine Förderung in Höhe von 5,75 Millionen Euro, die aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ stammen.

Ich freue mich, dass unsere gemeinsamen Anstrengungen Früchte getragen haben und Straubing doch noch in den Genuss der Bundesförderung gekommen ist. Ein sehr guter Antrag der Stadt Straubing und der ständige Kontakt und Austausch mit Oberbürgermeister Markus Pannermayr waren sehr wichtig für die erfolgreiche Förderzusage.



Bundesinnenminister Horst Seehofer überreichte mir Mitte März die Förderurkunde für das Förderprojekt. Die zuständige Berichterstatterin der CSU im Bundestag und Jury-Mitglied Emmi Zeulner, MdB hat das Projekt unterstützt und steht hiermit auch zu ihrer Linie, dass der ländliche Raum gestärkt werden muss.

Damit ist das Rathaus in Straubing zu einem Projekt von nationaler Bedeutung und ist das erste Premiumpjekt dieser Art in meinem Wahlkreis. Hierfür möchte ich mich nochmals bei Innenminister Seehofer bedanken, der schon als bayerischer Ministerpräsident kurz nach dem Brand das Straubinger Rathaus besichtigte und bayerische Mittel zusicherte. Vielen Dank auch meiner Kollegin Emmi Zeulner, die mich bei meinen Bemühungen, die Fördermittel zu erhalten, in der Jury tatkräftig unterstützt hat.

Betriebliche Ausbildung stärken

Wir kämpfen in der Corona-Krise um jeden Arbeitsplatz und jeden Ausbildungsplatz. Die Pandemie stellt viele Ausbildungsbetriebe vor große Herausforderungen und trifft viele junge Menschen, die vor Beginn einer Berufsausbildung stehen oder sich in einer Ausbildung befinden. Die Corona-Krise darf nicht zu einer Ausbildungskrise werden. Wir müssen heute weiter ausbilden, um den Fachkräftebedarf von morgen zu decken. Die Bundesregierung hat dazu im Sommer 2020 das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ auf den Weg gebracht. Wir verbreitern und verlängern diesen Schutzschirm und unterstützen die betriebliche Ausbildung im Ausbildungsjahr 2021/2022 mit insgesamt 700 Millionen Euro. Daneben initiieren wir gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kammern und Ausbildungsträgern einen „Sommer der Ausbildung“, um Betriebe und junge Menschen auch in der aktuellen Krise für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen. Danke an meinen Kollegen und arbeits- und sozialpolitischen Sprecher Stephan Stracke, MdB für seinen Einsatz.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de